

Beschluss (vorläufig)

Geschäftsordnung des Parteirats

Gremium: 1. Digitaler Parteirat

Beschlussdatum: 02.05.2020

Tagesordnungspunkt: F Formalia

- 1 (1) Der Parteirat berät den Bundesvorstand, koordiniert die Arbeit zwischen den
2 Gremien der Bundespartei, den Fraktionen, Regierungsmitgliedern und den
3 Landesverbänden zwischen den Sitzungen des Länderrates und plant gemeinsame
4 politische Initiativen. Zur Ausführung seiner Aufgaben kann der Parteirat
5 Beschlüsse fassen.
- 6 (2) Der Parteirat wird vom Bundesvorstand unter Angabe der Tagesordnung in der
7 Regel fünf Tage vor der Sitzung einberufen. Anträge aus den Reihen des
8 Parteirates zur Aufnahme von Tagesordnungspunkten sind dem/der Politischen
9 Geschäftsführer*in spätestens sechs Tage vor der Sitzung mitzuteilen. In
10 Eilfällen kann diese Frist unterschritten werden. Zu einer außerordentlichen
11 Sitzung tritt der Parteirat zusammen, wenn ein Fünftel seiner Mitglieder oder
12 der Bundesvorstand dies verlangen.
- 13 (3) Die Parteivorsitzenden leiten im Regelfall die Sitzungen. Die
14 Parteiöffentlichkeit kann von den Sitzungen ausgeschlossen werden. Der Parteirat
15 kann Gäste einladen.
- 16 (4) Es gilt eine generelle Redezeitbegrenzung von drei Minuten. Antragsentwürfe
17 werden in der Regel 48 Stunden vor Sitzungsbeginn verschickt und
18 Änderungsvorschläge bis zu Sitzungsbeginn schriftlich eingereicht.
- 19 (5) Beschlüsse fasst der Parteirat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen,
20 sofern nicht die Satzung des Bundesverbandes anderes vorschreibt. Er ist
21 beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- 22 (6) Die Beschlüsse des Parteirates werden protokolliert (Bundesgeschäftsstelle).
23 Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn zwei Wochen nach Verschickung kein
24 Mitglied des Parteirates widersprochen hat.
- 25 (7) Der Parteirat kann Arbeitsgruppen einrichten. Sie sind mit einem bestimmten
26 Auftrag für einen bestimmten Zeitraum zu benennen.
- 27 (8) Im übrigen gilt die Geschäftsordnung der Bundesdelegiertenkonferenz
28 entsprechend.
- 29 *Beschlossen auf der Parteiratssitzung am 02.12.2019; gemäß Satzung § 17 (4) auf*
30 *der Länderratssitzung am 02.05.2020 bestätigt.*

Beschluss

Delegierte zum Rat der EGP

Gremium: 1. Digitaler Parteirat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: F Formalia

- 1 Zum Rat (Council) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 2 insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Wir schlagen dem Länderrat vor,
- 3 folgende Personen zu delegieren.
- 4 Zum Verfahren: Die vorgeschlagenen Personen wurden jeweils aus den
- 5 entsprechenden Gremien und Organen nominiert. Eine Vorstellung der benannten
- 6 Personen findet nicht statt. Der Länderrat bestätigt die Vorschläge - wie auch
- 7 in den vergangenen Jahren - in einer öffentlichen Abstimmung über diesen Antrag.
- 8 **Zwei Delegierte des Bundesvorstands:**
- 9 Annalena Baerbock und Jamila Schäfer
- 10 **Vier Ersatzdelegierte des Bundesvorstands:**
- 11 Robert Habeck, Michael Kellner, Ricarda Lang und Marc Urbatsch
- 12 **Eine Delegierte der BAG Europa:**
- 13 Sibylle Steffan
- 14 **Drei Ersatzdelegierte der BAG Europa:**
- 15 Constanze Litt, Jochen Detscher und Christian Beck
- 16 **Eine Delegierte der Grünen Jugend:**
- 17 Merle Spellerberg
- 18 **Zwei Ersatzdelegierte Grüne Jugend:**
- 19 Anna Kraeft und Florian Siekmann
- 20 **Eine Delegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**
- 21 Terry Reintke
- 22 **Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**
- 23 Reinhard Bütikofer, Michael Bloss und Anna Cavazzini
- 24 **Eine Delegierten der Bundestagsfraktion:**
- 25 Franziska Brantner
- 26 **Vier Ersatzdelegierte der Bundestagsfraktion:**
- 27 Agnieszka Brugger, Katja Keul, Wolfgang Strengmann-Kuhn und Gerhard Zickenheiner

Beschluss (vorläufig)

Delegierte zum Rat der EGP

Gremium: 1. Digitaler Parteirat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: F Formalia

1 Zum Rat (Council) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Wir schlagen dem Länderrat vor,
3 folgende Personen zu delegieren.

4 Zum Verfahren: Die vorgeschlagenen Personen wurden jeweils aus den
5 entsprechenden Gremien und Organen nominiert. Eine Vorstellung der benannten
6 Personen findet nicht statt. Der Länderrat bestätigt die Vorschläge – wie auch
7 in den vergangenen Jahren - in einer öffentlichen Abstimmung über diesen Antrag.

8 **Zwei Delegierte des Bundesvorstands:**

9 Annalena Baerbock und Jamila Schäfer

10 **Vier Ersatzdelegierte des Bundesvorstands:**

11 Robert Habeck, Michael Kellner, Ricarda Lang und Marc Urbatsch

12 **Eine Delegierte der BAG Europa:**

13 Sibylle Steffan

14 **Drei Ersatzdelegierte der BAG Europa:**

15 Constanze Litt, Jochen Detscher und Christian Beck

16 **Eine Delegierte der Grünen Jugend:**

17 Merle Spellerberg

18 **Zwei Ersatzdelegierte Grüne Jugend:**

19 Anna Kraeft und Florian Siekmann

20 **Eine Delegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**

21 Terry Reintke

22 **Drei Ersatzdelegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament:**

23 Reinhard Bütikofer, Michael Bloss und Anna Cavazzini

24 **Eine Delegierten der Bundestagsfraktion:**

25 Franziska Brantner

26 **Vier Ersatzdelegierte der Bundestagsfraktion:**

27 Agnieszka Brugger, Katja Keul, Wolfgang Strengmann-Kuhn und Gerhard Zickenheiner

Beschluss

Damit das Leben auch in Zukunft bunt und vielfältig bleibt: Solidarität und Absicherung für die Kultur

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Wegen der Corona-Krise sind Kultureinrichtungen bundesweit geschlossen, diverse
2 Kulturveranstaltungen und Angebote der kulturellen Bildung können in diesem Jahr
3 nicht wie geplant stattfinden. Schon jetzt ist die Lage vieler Kulturschaffender
4 und Kreativer dramatisch, denn abgesehen von ihrem großartigen kreativen und
5 künstlerischen Einsatz im Netz hat das Corona-Virus das gesamte kulturelle Leben
6 in Deutschland und weit darüber hinaus zum Erliegen gebracht.

7 Die Kultur liegt im künstlichen Koma: Weder Theater noch Konzerte, keine
8 Festivals, Club-Events oder Poetry-Slams. Viele Museen, Ausstellungshäuser und
9 Kulturzentren bleiben weiterhin geschlossen, auch Filmproduktionen stehen still.
10 Mit einem Schlag wurde unzähligen Kulturschaffenden, Künstler*innen, Kreativen
11 und auch Medienschaffenden die Existenzgrundlage entzogen. Die aktuellen
12 Entwicklungen lassen nicht vermuten, dass sich an dieser Situation bald etwas
13 ändert. Schon jetzt stehen etliche Kulturbetriebe vor der Pleite: Durch die
14 Corona-Pandemie droht unserer kulturellen Infrastruktur der Zusammenbruch – sie
15 wird unsere Kulturlandschaft nachhaltig, und wie wir befürchten müssen,
16 keineswegs positiv verändern.

17 Natürlich gehen Gesundheit und Infektionsschutz in der gegenwärtigen Situation
18 vor! Aber es zeigt sich eben auch: Kultur ist kein Sahnehäubchen, sondern die
19 Hefe für unsere offene und demokratische Gesellschaft – gerade in der Krise,
20 aber auch für die Zeit danach. Deshalb geht es nicht nur darum, das
21 wirtschaftliche Überleben der zahlreichen Kulturschaffenden und Kulturbetriebe
22 zu sichern, sondern um ein nachhaltig vielfältiges Kulturleben und die
23 kulturelle Grundversorgung aller Menschen. Wir Menschen brauchen die
24 Sinnlichkeit und unser Verstand gute Urteile in den analogen Räumen. Wir
25 Menschen brauchen die reale Begegnung, um uns verantwortlich zu fühlen.

26 Unsere über Jahrzehnte gewachsene vielfältige Kulturlandschaft, die sich in den
27 verschiedensten Sparten und Genres sowie diversen Branchen, Szenen und
28 Netzwerken immer weiter ausdifferenziert, organisiert und entwickelt hat, ist in
29 jeder Hinsicht elementar: als gesellschaftliche Orientierung und Inspiration,
30 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die individuelle Entfaltung, für den
31 transkulturellen Austausch und die Bewahrung unseres kulturellen Erbes. All das
32 ist in der gegenwärtigen Krise in höchster Gefahr. Der Kultur droht auch noch
33 für die Zeit nach der Krise ein Einbruch und Kahlschlag, wie ihn unsere
34 Gesellschaft in den letzten 75 Jahren nicht erlebt hat. Das können und werden
35 wir nicht hinnehmen.

36 **Daher stehen GRÜNE überall und gerade dort, wo sie in kulturpolitischer**
37 **Verantwortung sind, an der Seite der diversen und hybriden Kulturszene.**

38 **Wir GRÜNE setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für Soforthilfen**
39 **und langfristige Rettungsfonds ein**, die auf die spezifischen Arbeitsbedingungen
40 von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen ausgerichtet sind, denn sie fallen
41 bislang noch viel zu häufig durch das Raster. Gerade Kulturschaffende und
42 Kreative brauchen schnelle Unterstützung und unbürokratische Hilfen, egal in
43 welchem Bundesland sie leben und in welcher Organisations- oder Rechtsform sie
44 arbeiten. Dazu gehören spezielle Programme für kleine und mittlere private
45 Kulturbetriebe, die nicht oder nur sehr eingeschränkt öffentlich gefördert sind,
46 aber auch Arbeitsstipendien für freischaffende Künstler*innen. Da die
47 langfristigen Auswirkungen des Shutdowns auf den Kulturbereich noch nicht
48 absehbar sind und stark von der Dauer von Maßnahmen abhängen, müssen
49 Finanzhilfen auch für die Zeit danach zur Verfügung stehen. Denn was jetzt an
50 kultureller Vielfalt und Infrastruktur verloren geht, wird unsere Gesellschaft
51 viel teurer zu stehen kommen, als jetzt die notwendigen Rettungsfonds auf den
52 Weg zu bringen. Freiberuflich tätige Kulturschaffende, Kreative und andere Solo-
53 Selbstständige, die infolge der Coronakrise deutliche finanzielle Einbußen
54 haben, aber keine Betriebsausgaben nachweisen können, dürfen durch die
55 Beschränkungen des Bundes nicht weiter diskriminiert werden: Wir fordern eine
56 Öffnung der Corona-Hilfen auch für Kosten des Lebensunterhalts!

57 **Grüne Kulturpolitik will sicherstellen, dass Vertragspflichten und**
58 **Projektzusagen aus der Zeit vor und während der Schließungen umfassend erfüllt,**
59 **vorhandene Fördermittel unbürokratisch verausgabt und Honorarfortzahlungen**
60 **gewährleistet werden.** Überall dort, wo es eine flexible Anwendung der
61 rechtlichen Bestimmungen möglich macht, drängen wir auf eine Verschiebung und
62 Übertragbarkeit der Mittel sowie die Umwidmung von Fördergeldern zugunsten neuer
63 digitaler Formate und sonstiger alternativer kreativer Angebote. Gerade in der
64 gegenwärtigen Krisensituation ist es wichtig, allen Menschen auch weiterhin
65 kulturelle Teilhabe und Bildung zu ermöglichen.

66 **Grüne Kulturpolitik macht sich für weitere Anpassungen im Zuwendungsrecht stark.**
67 Haushaltsrecht ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass konkrete
68 Unterstützung an einzelnen Bestimmungen scheitert, sei es bei den Soforthilfen
69 oder in der laufenden Förderung. Zusätzliche Kosten für die spätere Wiederholung
70 von Veranstaltungen dürfen nicht den Zuwendungsempfänger*innen aufgebürdet
71 werden, bereits verausgabte Gelder nicht zurückgefordert werden. Neben
72 Mietstundungen muss es auch die Möglichkeit von Mietnächlässen für öffentliche
73 Immobilien und Liegenschaften geben, wenn Kultur-Mieter*innen infolge der
74 Coronakrise in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Und wir setzen uns
75 dafür ein, wie in einigen Bundesländern geplant und durchgeführt, da behutsame
76 Öffnungen von Kultureinrichtungen zu ermöglichen, sofern die Hygiene- und
77 Abstandsregelungen eingehalten werden können.

78 **Grüne Kulturpolitik macht sich dafür stark, dass Bundes-, Landes- und**
79 **Kommunalprogramme besser aufeinander abgestimmt werden** und dass dafür auch der
80 Austausch zwischen den jeweiligen Fachministerien und -ämtern optimiert wird.
81 Wir fordern, dass Monika Grütters ihren Widerstand gegen eigenständige Corona-
82 Hilfe des Bundes für die Kultur- und Kreativwirtschaft aufgibt. Eine
83 Staatsministerin für Kultur und Medien, der es weder im Kabinett noch gegenüber
84 dem Bundesfinanzministerium gelingt, die Interessen von Kulturschaffenden und
85 Kreativen durchzusetzen, hat diesen Titel nicht verdient! Denn zur Rettung von
86 Kultureinrichtungen helfen die kurzsichtigen Vorschläge der Bundesregierung wie
87 verpflichtende Gutscheinelösungen nicht. Solidarität kann man nicht verordnen,

88 sie funktioniert nur freiwillig! So erschüttert man nachhaltig das Vertrauen der
89 Kulturinteressierten und verursacht langfristig negative Folgen für die gesamte
90 Kulturbranche.

91 **Grüne Politik verliert auch in der Krise die Kulturschaffenden und ihre**
92 **Netzwerke in aller Welt, auf internationaler und europäischer Ebene, nicht aus**
93 **dem Blick.** Denn die Coronakrise ist eine internationale Herausforderung und
94 betrifft Künstler*innen und Kreative sowie Kultureinrichtungen global. Im
95 Bereich der kulturellen Bildung und Kooperationen sind gerade auch zahlreiche
96 Projekte im Bereich der institutionellen und nicht-institutionellen
97 künstlerischen Arbeit mit Geflüchteten betroffen. Somit brauchen Menschen auf
98 der Flucht, Menschen, die mit Kunst und Kultur in der Flüchtlingshilfe arbeiten,
99 aber auch Kulturschaffende in Europa und weltweit unsere Solidarität. Wir tun
100 alles, damit der internationale Austausch unter Kreativen und der
101 Zivilgesellschaft erhalten bleibt und die vielerorts so wichtigen
102 Kommunikations- und Schutzräume nicht verloren gehen. Wir fordern zudem den
103 gleichberechtigten Zugang Kulturschaffender aus Nicht-EU-Ländern zu den
104 Soforthilfen und zur Grundsicherung. Künstler*innen dürfen auch nicht Gefahr
105 laufen, durch die indirekten Auswirkungen von Infektionsschutz und Shutdown ihre
106 bestehenden Aufenthaltsgenehmigungen zu verlieren, wie aktuell vielerorts
107 berichtet wird.

108 **Wir GRÜNE stehen auch angesichts einer weltweiten Pandemie für aktive**
109 **Erinnerungskultur.** Gerade vor dem Hintergrund von erstarkenden Nationalismen und
110 Rassismen darf es nicht sein, dass bundes- und europaweite Gedenken einfach
111 ausfallen. In Zeiten von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten bedarf es
112 neuer Formate des Gedenkens, die wir GRÜNE aktiv unterstützen. Zumal es für
113 viele Zeitzeug*innen eine der letzten Möglichkeiten sein könnte, an solchen
114 Gedenkveranstaltungen teilzuhaben.

115 **Wir GRÜNE denken über die Krise hinaus:** Die Corona-Pandemie hat einmal mehr
116 deutlich gemacht, was mit Blick auf die wirtschaftliche Lage vieler
117 Künstler*innen und Kreativer schon vorher offensichtlich war: Nämlich, dass wir
118 sehr grundsätzlich über den gesellschaftlichen Wert künstlerischer Arbeit und
119 eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden nachdenken müssen! Wir
120 brauchen deshalb eine breite Debatte über neue Wege und emanzipatorische Ideen
121 (Grundeinkommen o.ä.), wie eine generelle Existenzsicherung und Altersversorgung
122 aussehen könnte – nicht nur für den Kulturbereich, sondern für alle Menschen
123 dieser Gesellschaft.

124 Die Kultur kann und sollte hier Vorreiterin sein, indem sie einmal mehr ihre
125 ureigenen Stärken ausspielt: durch künstlerische Mittel Möglichkeitsräume zu
126 eröffnen, Diskurse in neue Kontexte zu rücken, kreativ Gesellschaftskritik zu
127 üben und einen Blick in unsere (nahe) Zukunft zu werfen.

Beschluss (vorläufig)

Damit das Leben auch in Zukunft bunt und vielfältig bleibt: Solidarität und Absicherung für die Kultur

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Wegen der Corona-Krise sind Kultureinrichtungen bundesweit geschlossen, diverse
2 Kulturveranstaltungen und Angebote der kulturellen Bildung können in diesem Jahr
3 nicht wie geplant stattfinden. Schon jetzt ist die Lage vieler Kulturschaffender
4 und Kreativer dramatisch, denn abgesehen von ihrem großartigen kreativen und
5 künstlerischen Einsatz im Netz hat das Corona-Virus das gesamte kulturelle Leben
6 in Deutschland und weit darüber hinaus zum Erliegen gebracht.

7 Die Kultur liegt im künstlichen Koma: Weder Theater noch Konzerte, keine
8 Festivals, Club-Events oder Poetry-Slams. Viele Museen, Ausstellungshäuser und
9 Kulturzentren bleiben weiterhin geschlossen, auch Filmproduktionen stehen still.
10 Mit einem Schlag wurde unzähligen Kulturschaffenden, Künstler*innen, Kreativen
11 und auch Medienschaffenden die Existenzgrundlage entzogen. Die aktuellen
12 Entwicklungen lassen nicht vermuten, dass sich an dieser Situation bald etwas
13 ändert. Schon jetzt stehen etliche Kulturbetriebe vor der Pleite: Durch die
14 Corona-Pandemie droht unserer kulturellen Infrastruktur der Zusammenbruch – sie
15 wird unsere Kulturlandschaft nachhaltig, und wie wir befürchten müssen,
16 keineswegs positiv verändern.

17 Natürlich gehen Gesundheit und Infektionsschutz in der gegenwärtigen Situation
18 vor! Aber es zeigt sich eben auch: Kultur ist kein Sahnehäubchen, sondern die
19 Hefe für unsere offene und demokratische Gesellschaft – gerade in der Krise,
20 aber auch für die Zeit danach. Deshalb geht es nicht nur darum, das
21 wirtschaftliche Überleben der zahlreichen Kulturschaffenden und Kulturbetriebe
22 zu sichern, sondern um ein nachhaltig vielfältiges Kulturleben und die
23 kulturelle Grundversorgung aller Menschen. Wir Menschen brauchen die
24 Sinnlichkeit und unser Verstand gute Urteile in den analogen Räumen. Wir
25 Menschen brauchen die reale Begegnung, um uns verantwortlich zu fühlen.

26 Unsere über Jahrzehnte gewachsene vielfältige Kulturlandschaft, die sich in den
27 verschiedensten Sparten und Genres sowie diversen Branchen, Szenen und
28 Netzwerken immer weiter ausdifferenziert, organisiert und entwickelt hat, ist in
29 jeder Hinsicht elementar: als gesellschaftliche Orientierung und Inspiration,
30 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die individuelle Entfaltung, für den
31 transkulturellen Austausch und die Bewahrung unseres kulturellen Erbes. All das
32 ist in der gegenwärtigen Krise in höchster Gefahr. Der Kultur droht auch noch
33 für die Zeit nach der Krise ein Einbruch und Kahlschlag, wie ihn unsere
34 Gesellschaft in den letzten 75 Jahren nicht erlebt hat. Das können und werden
35 wir nicht hinnehmen.

36 **Daher stehen Grüne überall und gerade dort, wo sie in kulturpolitischer**
37 **Verantwortung sind, an der Seite der diversen und hybriden Kulturszene.**

38 **Wir Grüne setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für Soforthilfen**
39 **und langfristige Rettungsfonds ein**, die auf die spezifischen Arbeitsbedingungen
40 von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen ausgerichtet sind, denn sie fallen
41 bislang noch viel zu häufig durch das Raster. Gerade Kulturschaffende und
42 Kreative brauchen schnelle Unterstützung und unbürokratische Hilfen, egal in
43 welchem Bundesland sie leben und in welcher Organisations- oder Rechtsform sie
44 arbeiten. Dazu gehören spezielle Programme für kleine und mittlere private
45 Kulturbetriebe, die nicht oder nur sehr eingeschränkt öffentlich gefördert sind,
46 aber auch Arbeitsstipendien für freischaffende Künstler*innen. Da die
47 langfristigen Auswirkungen des Shutdowns auf den Kulturbereich noch nicht
48 absehbar sind und stark von der Dauer von Maßnahmen abhängen, müssen
49 Finanzhilfen auch für die Zeit danach zur Verfügung stehen. Denn was jetzt an
50 kultureller Vielfalt und Infrastruktur verloren geht, wird unsere Gesellschaft
51 viel teurer zu stehen kommen, als jetzt die notwendigen Rettungsfonds auf den
52 Weg zu bringen. Freiberuflich tätige Kulturschaffende, Kreative und andere Solo-
53 Selbstständige, die infolge der Coronakrise deutliche finanzielle Einbußen
54 haben, aber keine Betriebsausgaben nachweisen können, dürfen durch die
55 Beschränkungen des Bundes nicht weiter diskriminiert werden: Wir fordern eine
56 Öffnung der Corona-Hilfen auch für Kosten des Lebensunterhalts!

57 **Grüne Kulturpolitik will sicherstellen, dass Vertragspflichten und**
58 **Projektzusagen aus der Zeit vor und während der Schließungen umfassend erfüllt,**
59 **vorhandene Fördermittel unbürokratisch verausgabt und Honorarfortzahlungen**
60 **gewährleistet werden.** Überall dort, wo es eine flexible Anwendung der
61 rechtlichen Bestimmungen möglich macht, drängen wir auf eine Verschiebung und
62 Übertragbarkeit der Mittel sowie die Umwidmung von Fördergeldern zugunsten neuer
63 digitaler Formate und sonstiger alternativer kreativer Angebote. Gerade in der
64 gegenwärtigen Krisensituation ist es wichtig, allen Menschen auch weiterhin
65 kulturelle Teilhabe und Bildung zu ermöglichen.

66 **Grüne Kulturpolitik macht sich für weitere Anpassungen im Zuwendungsrecht stark.**
67 Haushaltsrecht ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass konkrete
68 Unterstützung an einzelnen Bestimmungen scheitert, sei es bei den Soforthilfen
69 oder in der laufenden Förderung. Zusätzliche Kosten für die spätere Wiederholung
70 von Veranstaltungen dürfen nicht den Zuwendungsempfänger*innen aufgebürdet
71 werden, bereits verausgabte Gelder nicht zurückgefordert werden. Neben
72 Mietstundungen muss es auch die Möglichkeit von Mietnächlässen für öffentliche
73 Immobilien und Liegenschaften geben, wenn Kultur-Mieter*innen infolge der
74 Coronakrise in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Und wir setzen uns
75 dafür ein, wie in einigen Bundesländern geplant und durchgeführt, da behutsame
76 Öffnungen von Kultureinrichtungen zu ermöglichen, sofern die Hygiene- und
77 Abstandsregelungen eingehalten werden können.

78 **Grüne Kulturpolitik macht sich dafür stark, dass Bundes-, Landes- und**
79 **Kommunalprogramme besser aufeinander abgestimmt werden** und dass dafür auch der
80 Austausch zwischen den jeweiligen Fachministerien und -ämtern optimiert wird.
81 Wir fordern, dass Monika Grütters ihren Widerstand gegen eigenständige Corona-
82 Hilfe des Bundes für die Kultur- und Kreativwirtschaft aufgibt. Eine
83 Staatsministerin für Kultur und Medien, der es weder im Kabinett noch gegenüber
84 dem Bundesfinanzministerium gelingt, die Interessen von Kulturschaffenden und
85 Kreativen durchzusetzen, hat diesen Titel nicht verdient! Denn zur Rettung von
86 Kultureinrichtungen helfen die kurzsichtigen Vorschläge der Bundesregierung wie
87 verpflichtende Gutscheinelösungen nicht. Solidarität kann man nicht verordnen,

88 sie funktioniert nur freiwillig! So erschüttert man nachhaltig das Vertrauen der
89 Kulturinteressierten und verursacht langfristig negative Folgen für die gesamte
90 Kulturbranche.

91 **Grüne Politik verliert auch in der Krise die Kulturschaffenden und ihre**
92 **Netzwerke in aller Welt, auf internationaler und europäischer Ebene, nicht aus**
93 **dem Blick.** Denn die Coronakrise ist eine internationale Herausforderung und
94 betrifft Künstler*innen und Kreative sowie Kultureinrichtungen global. Im
95 Bereich der kulturellen Bildung und Kooperationen sind gerade auch zahlreiche
96 Projekte im Bereich der institutionellen und nicht-institutionellen
97 künstlerischen Arbeit mit Geflüchteten betroffen. Somit brauchen Menschen auf
98 der Flucht, Menschen, die mit Kunst und Kultur in der Flüchtlingshilfe arbeiten,
99 aber auch Kulturschaffende in Europa und weltweit unsere Solidarität. Wir tun
100 alles, damit der internationale Austausch unter Kreativen und der
101 Zivilgesellschaft erhalten bleibt und die vielerorts so wichtigen
102 Kommunikations- und Schutzräume nicht verloren gehen. Wir fordern zudem den
103 gleichberechtigten Zugang Kulturschaffender aus Nicht-EU-Ländern zu den
104 Soforthilfen und zur Grundsicherung. Künstler*innen dürfen auch nicht Gefahr
105 laufen, durch die indirekten Auswirkungen von Infektionsschutz und Shutdown ihre
106 bestehenden Aufenthaltsgenehmigungen zu verlieren, wie aktuell vielerorts
107 berichtet wird.

108 **Wir Grüne stehen auch angesichts einer weltweiten Pandemie für aktive**
109 **Erinnerungskultur.** Gerade vor dem Hintergrund von erstarkenden Nationalismen und
110 Rassismen darf es nicht sein, dass bundes- und europaweite Gedenken einfach
111 ausfallen. In Zeiten von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten bedarf es
112 neuer Formate des Gedenkens, die wir Grüne aktiv unterstützen. Zumal es für
113 viele Zeitzeug*innen eine der letzten Möglichkeiten sein könnte, an solchen
114 Gedenkveranstaltungen teilzuhaben.

115 **Wir Grüne denken über die Krise hinaus:** Die Corona-Pandemie hat einmal mehr
116 deutlich gemacht, was mit Blick auf die wirtschaftliche Lage vieler
117 Künstler*innen und Kreativer schon vorher offensichtlich war: Nämlich, dass wir
118 sehr grundsätzlich über den gesellschaftlichen Wert künstlerischer Arbeit und
119 eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden nachdenken müssen! Wir
120 brauchen deshalb eine breite Debatte über neue Wege und emanzipatorische Ideen
121 (Grundeinkommen o.ä.), wie eine generelle Existenzsicherung und Altersversorgung
122 aussehen könnte – nicht nur für den Kulturbereich, sondern für alle Menschen
123 dieser Gesellschaft.

124 Die Kultur kann und sollte hier Vorreiterin sein, indem sie einmal mehr ihre
125 ureigenen Stärken ausspielt: durch künstlerische Mittel Möglichkeitsräume zu
126 eröffnen, Diskurse in neue Kontexte zu rücken, kreativ Gesellschaftskritik zu
127 üben und einen Blick in unsere (nahe) Zukunft zu werfen.

128 **Antragsteller Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kultur, vertreten durch die**
129 **Sprecher*innen Uta Röpcke und Rainer Bode sowie Claudia Frenzel-Müncheberg**

130 *Mehr, auch das Positionspapier "Solidarität und Absicherung für die Kultur*
131 *gerade in Zeiten der Corona-Krise" unter www.gruene-bag-kultur.de.*

132 **unterstützt von**

133 **Erhard Grundl**, MdB Bayern; **Kirsten Kappert-Gonther**, MdB Bremen; **Claudia Roth**,
134 MdB Bayern; **Tabea Rößner**, MdB Rheinland-Pfalz; **Daniel Wesener**, MdA Berlin;
135 **Notker Schweikhardt** MdA Berlin; **Rene Gögge**, MdHB Hamburg; **Oliver Keymis**, MdL

136 Nordrhein-Westfalen; **Eva Viehoff**, MdL; Niedersachsen; **Katharina Binz**, MdL
137 Rheinland-Pfalz; **Kai Wargalla**, MdBB Bremen; **Marlies Fritzen**, MdL Schleswig-
138 Holstein; **Sanne Kurz**, MdL Bayern; **Sahra Damus**, MdL Brandenburg; **Niklas Nienaß**,
139 MdEP Mecklenburg-Vorpommern; **Thomas Brück**, Kulturdezernent Landeshauptstadt
140 Saarbrücken; **Andreas Rieger**, Sprecher BAG Planen Bauen Wohnen; **Bernhard**
141 **Stengele**, Landessprecher/Thüringen; **Moritz Müller**, KV Bergstraße, Sprecher LAG
142 Kultur Hessen; **Elke Flake**, Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Braunschweig;
143 **Brigitta von Bülow**, Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen im Kölner Rat,
144 Sprecherin LAG Kultur NRW; **Ansgar Bovet**, Markkleeberg, KV Landkreis Leipzig,
145 Sprecher der LAG Kultur Sachsen; **Nicole Hohmann**, KV Main-Tauber; **Lena Krause**,
146 Vorstandsprecherin KV Braunschweig, Sprecherin LAG Kultur Niedersachsen; **Bettina**
147 **Aust**, LAG Kultur Sprecherin, Kulturpolitische Sprecherin der Kieler Grünen
148 Ratsfraktion; **Steffi Könnecke**, Hamburg; **Stefan Zednik**, OV Berlin Mitte; **Susanne**
149 **Litzel**, OV Berlin Mitte; **Aram Lintzel**, KV Friedrichshain-Kreuzberg Berlin;
150 **Andrea Weigt**, Abgeordnete im Landkreis Dahme-Spreewald; **Clara Gerlach**, KV
151 Düsseldorf, Ratsfrau; **Sandra Schumacher**, KV Essen; **Christopher Peter**, Berlin;
152 **Kerstin Quitsch**, Sprecherin der LAG Kultur, Berlin; **Susanne Rehm**, KV Stuttgart;
153 **Henry Arnold**, Sprecher LAG Kultur Berlin; **Susanna Sandvoss**, KV Dahme-Spreewald;
154 **Jana Brix**, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Beschluss

Die Würde aller Menschen ist unantastbar!

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns für eine inklusive Gesellschaft
2 ein, in der die Würde eines jeden Menschen im Rahmen eines solidarischen
3 Miteinanders geschützt wird - in und außerhalb der Pandemie. Die Menschenwürde
4 und der Gleichheitsgrundsatz, wie sie das Grundgesetz garantieren, gelten für
5 alle Menschen gleichermaßen. In der Corona-Krise geraten diese Werte, wenn über
6 die Isolation von älteren Menschen gesprochen wird oder Gruppen gegeneinander
7 ausgespielt werden, zunehmend unter Druck. Das macht vielen Menschen Angst,
8 gerade jenen, die auch an anderen Stellen schon Erfahrungen mit
9 Diskriminierungen und Ausschlüssen machen. Menschen mit Behinderungen und
10 chronischen Erkrankungen haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer
11 Grundrechte, insbesondere ihres Rechtes auf Leben und körperliche
12 Unversehrtheit, wie alle anderen Menschen auch. Angriffen auf diese Rechte
13 treten wir entschieden entgegen.

14
15 Im Rahmen der Corona-Krise hat sich auch in Deutschland eine Debatte um
16 Entscheidungsempfehlungen im Bereich der Triage, also Verfahren zur
17 Priorisierung medizinischer Hilfeleistung, insbesondere bei unerwartet hohem
18 Aufkommen an Patient*innen und objektiv unzureichenden Ressourcen, entwickelt.
19 Es muss alles getan werden, um solche Triage-Situationen bei den
20 intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten zu vermeiden. Aktuelle Empfehlungen
21 wurden unter anderem vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ)
22 kritisiert.

23
24 Gerade da die Frage der Triage grundgesetzliche Garantien in starkem Maße
25 berührt, finden wir es wichtig, eine politische Debatte über Triage-Richtlinien
26 entlang unserer Grundwerte und unseres Bilds einer inklusiven Gesellschaft zu
27 führen. Wir als Partei werden hier keine direkte Maßnahmen oder den konkreten
28 Weg festlegen können. Der Länderrat begrüßt deshalb, dass die Bundestagsfraktion
29 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen wird, dass sich die zuständigen
30 Ausschüsse des Bundestags mittels öffentlicher Anhörung von Expert*innen, zu
31 denen ausdrücklich auch Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung und älterer
32 Menschen gehören müssen, mit dem Thema Triage-Richtlinien befassen. Dieser
33 Prozess wird von der Partei, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft
34 Behindertenpolitik politisch begleitet.

35
36 Dabei gilt für uns grundsätzlich: Die Verfassung mit ihren Grundwerten der
37 Menschenwürde, des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit, des
38 Gleichheitsgebots und ihrer Diskriminierungsverbote sowie staatlichen
39 Gewährleistungs- und Schutzpflichten gilt uneingeschränkt auch in der Pandemie.
40 Entscheidungsempfehlungen zur Triage müssen diskriminierungsfrei und

41 grundgesetzkonform ausgestaltet werden. Die strukturelle Benachteiligung oder
42 den generellen Ausschluss von Personengruppen beispielsweise aufgrund von Alter
43 oder Behinderung lehnen wir ab. Eine solche Benachteiligung liefe auch Gefahr,
44 zur Grundlage für weitere Diskriminierungen nach der Corona-Pandemie zu werden.

Beschluss (vorläufig)

Die Würde aller Menschen ist unantastbar!

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns für eine inklusive Gesellschaft
2 ein, in der die Würde eines jeden Menschen im Rahmen eines solidarischen
3 Miteinanders geschützt wird - in und außerhalb der Pandemie. Die Menschenwürde
4 und der Gleichheitsgrundsatz, wie sie das Grundgesetz garantieren, gelten für
5 alle Menschen gleichermaßen. In der Corona-Krise geraten diese Werte, wenn über
6 die Isolation von älteren Menschen gesprochen wird oder Gruppen gegeneinander
7 ausgespielt werden, zunehmend unter Druck. Das macht vielen Menschen Angst,
8 gerade jenen, die auch an anderen Stellen schon Erfahrungen mit
9 Diskriminierungen und Ausschlüssen machen. Menschen mit Behinderungen und
10 chronischen Erkrankungen haben den gleichen Anspruch auf Schutz ihrer
11 Grundrechte, insbesondere ihres Rechtes auf Leben und körperliche
12 Unversehrtheit, wie alle anderen Menschen auch. Angriffen auf diese Rechte
13 treten wir entschieden entgegen.

14
15 Im Rahmen der Corona-Krise hat sich auch in Deutschland eine Debatte um
16 Entscheidungsempfehlungen im Bereich der Triage, also Verfahren zur
17 Priorisierung medizinischer Hilfeleistung, insbesondere bei unerwartet hohem
18 Aufkommen an Patient*innen und objektiv unzureichenden Ressourcen, entwickelt.
19 Es muss alles getan werden, um solche Triage-Situationen bei den
20 intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten zu vermeiden. Aktuelle Empfehlungen
21 wurden unter anderem vom Forum behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ)
22 kritisiert.

23
24 Gerade da die Frage der Triage grundgesetzliche Garantien in starkem Maße
25 berührt, finden wir es wichtig, eine politische Debatte über Triage-Richtlinien
26 entlang unserer Grundwerte und unseres Bilds einer inklusiven Gesellschaft zu
27 führen. Wir als Partei werden hier keine direkte Maßnahmen oder den konkreten
28 Weg festlegen können. Der Länderrat begrüßt deshalb, dass die Bundestagsfraktion
29 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen wird, dass sich die zuständigen
30 Ausschüsse des Bundestags mittels öffentlicher Anhörung von Expert*innen, zu
31 denen ausdrücklich auch Vertreter*innen der Menschen mit Behinderung und älterer
32 Menschen gehören müssen, mit dem Thema Triage-Richtlinien befassen. Dieser
33 Prozess wird von der Partei, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft
34 Behindertenpolitik politisch begleitet.

35
36 Dabei gilt für uns grundsätzlich: Die Verfassung mit ihren Grundwerten der
37 Menschenwürde, des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit, des
38 Gleichheitsgebots und ihrer Diskriminierungsverbote sowie staatlichen
39 Gewährleistungs- und Schutzpflichten gilt uneingeschränkt auch in der Pandemie.
40 Entscheidungsempfehlungen zur Triage müssen diskriminierungsfrei und

41 grundgesetzkonform ausgestaltet werden. Die strukturelle Benachteiligung oder
42 den generellen Ausschluss von Personengruppen beispielsweise aufgrund von Alter
43 oder Behinderung lehnen wir ab. Eine solche Benachteiligung liefe auch Gefahr,
44 zur Grundlage für weitere Diskriminierungen nach der Corona-Pandemie zu werden.

Beschluss

Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Die zivilisatorische Errungenschaft des individuellen Rechts auf Asyl ist einer
2 der menschenrechtlichen Grundpfeiler des internationalen und deutschen Rechts
3 und der Europäischen Union. Es muss geschützt werden, zu jeder Zeit. Doch schon
4 vor der Pandemie haben die Mitgliedstaaten der EU es nicht vermocht, dieses
5 Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu und lassen bis heute
6 zu, dass Menschen auf der Flucht ertrinken und in überfüllten Lagern auf
7 europäischem Boden monate- und jahrelang feststecken. Eine solidarische
8 Verteilung der Menschen, die nach Europa kommen, wurde bislang ebenso wenig
9 erreicht wie ein gemeinsames europäisches Asylsystem.

10 Jetzt, in Zeiten der Krise, drohen diese Versäumnisse zu einer noch größeren
11 Katastrophe zu werden: Die von einigen Ländern der EU zugesagte Verteilung
12 besonders schutzbedürftiger Menschen aus den überfüllten Lagern auf den
13 griechischen Inseln verzögert sich lebensgefährlich. Und auch auf dem Mittelmeer
14 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung gezogen. Wenn
15 Schutzsuchende im zentralen Mittelmeer gerettet werden, verdanken wir das einzig
16 und allein dem Engagement der ehrenamtlichen Seenotrettungsorganisationen. Die
17 Pandemie stellt jeden EU-Mitgliedstaat vor schwierige Herausforderungen.
18 Momentan wird sie jedoch als Vorwand genutzt, um Hilfsorganisationen beim Retten
19 von Menschenleben zu behindern und die staatliche Seenotrettung weiter
20 auszusetzen. All das nun mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Virus, auf
21 fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren
22 Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen.

23 Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach Herkunft, Religion oder Aussehen. Es
24 fragt nicht danach, ob wir aus Deutschland, Afghanistan oder Syrien sind. Es
25 gefährdet uns alle. Und es ist, nach den Worten des Bundespräsidenten, eine
26 Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns GRÜNE ist klar, dass wir diese Krise
27 nur gemeinsam meistern können. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten
28 können – nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem
29 Mittelmeer. Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo
30 sie dringender denn je gebraucht werden. Wir haben ein Ziel: Wir lassen
31 niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den
32 europäischen Außengrenzen.

33 **Schutzbedürftige aufnehmen, menschenwürdige Bedingungen schaffen, vor Corona** 34 **schützen**

35 Durch die Corona-Krise hat sich die Verteilung der Menschen aus den überfüllten
36 Lagern auf den griechischen Inseln nochmal lebensgefährlich verzögert.
37 Eigentlich hatten Anfang März sieben Mitgliedstaaten angekündigt, insgesamt
38 1.600 besonders Schutzbedürftige von dort aufzunehmen. Doch bis heute haben

39 lediglich Luxemburg und Deutschland Menschen zu sich geholt – zusammen insgesamt
40 59 Kinder. Das ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.
41 Mehr als 35.000 Geflüchtete stecken auf den griechischen Inseln fest, 18.000
42 alleine im Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 3.000 Menschen konzipiert
43 war. Es fehlt an Medikamenten, Toiletten, Platz zum Abstandhalten. Nicht einmal
44 fließend Wasser gibt es jeden Tag. Niemand kann sich dort ausreichend vor einer
45 Ansteckung mit dem COVID-19-Virus schützen. Auf ganz Lesbos gibt es nur sechs
46 Intensivbetten. Angesichts dieser Bedingungen ist es nur nachvollziehbar, dass
47 die Geflüchteten große Angst um sich und ihre Liebsten in den Camps haben, wenn
48 das Virus dort ankommt. Dass die Bundesregierung es nach langem Ringen geschafft
49 hat, gerade einmal rund 50 Kinder aufzunehmen, ist unter diesen Umständen
50 beschämend.

51 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in anderen europäischen
52 Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel
53 mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort als erstes die besonders
54 schutzbedürftigen Menschen, also unbegleitete Kinder und Jugendliche, Familien,
55 Schwangere, chronisch Kranke, traumatisierte Personen, Menschen mit Behinderung
56 und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die deutlich erklärt
57 haben, dass sie Kapazitäten für mehr Menschen haben und aufnehmen wollen, müssen
58 nun aktiv werden, Landesaufnahmeanordnungen erlassen und mit dem
59 Bundesinnenminister ein Einvernehmen über die Aufnahme herstellen. Doch einzelne
60 Bundesländer können die Probleme der Europäischen Asylpolitik nicht im
61 Alleingang lösen. Sie können nur ihren Beitrag leisten und vom
62 Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten
63 nutzt und endlich Verantwortung übernimmt. Die hierzulande vorhandenen
64 Kapazitäten dürfen nicht ungenutzt bleiben.

65 **Wir GRÜNE fordern, in den nächsten Wochen zuerst die besonders schutzbedürftigen**
66 **Menschen, wie unbegleitete Minderjährige, Familien mit kleinen Kindern oder**
67 **Corona-Risikofälle zu evakuieren.** Familien dürfen nicht auseinandergerissen
68 werden, auch wenn sie durchs enge Raster der Kernfamilien-Definition in der
69 Dublin-Verordnung fallen. Es ist absurd, wenn ein minderjähriger Junge nach
70 Deutschland kommt und von seiner Schwester getrennt wird, die mit einem kleinen
71 Kind in Moria zurückbleibt.

72 Aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 können derzeit viele Visa mangels
73 Flugverbindungen nicht genutzt werden und verfallen. Daher braucht es einen
74 großzügigen Umgang mit Fristen und Verlängerungen von bereits ausgestellten
75 Visa. Da dies auch den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in
76 Deutschland betrifft, der ohnehin auf maximal 1.000 Menschen pro Monat begrenzt
77 ist, fordern wir die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die Zeit,
78 in der konsularischer Betrieb wieder vollumfänglich aufgenommen werden kann und
79 Flugverbindungen existieren. Sobald es wieder möglich ist, sollten die
80 Visaabteilungen personell aufgestockt werden, um zügig die aufgestauten Anträge
81 abarbeiten zu können.

82 Um Menschen nicht noch länger im Ungewissen zu lassen, setzen wir uns dafür ein,
83 die 6-monatige Dublin-Rücküberstellungsfrist nicht zu verlängern oder
84 auszusetzen, sondern die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach Ablauf der
85 Frist anzuerkennen.

86 Auch die EU-Kommission muss ihren Teil dazu beitragen, die menschenunwürdige
87 Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln zu beenden und dabei

88 unterstützen, dass die sichere Aufnahme der Geflüchteten in anderen EU-
89 Mitgliedstaaten finanziert wird. Statt 280 Millionen Euro dafür auszugeben,
90 überfüllte Lager einige Kilometer weiter durch geschlossene Freiluftgefängnisse
91 für die Geflüchteten zu ersetzen, sollte die medizinische und humanitäre
92 Versorgung der Menschen verbessert werden.

93 **Häfen öffnen, Menschenleben retten**

94 Über Ostern wurde von überfüllten Booten im Mittelmeer berichtet, die Notrufe
95 abgesetzt hatten, jedoch von den maltesischen und italienischen Behörden
96 ignoriert wurden. Die Bundesregierung forderte von den Seenotrettungs-NGOs sogar
97 einen Stopp ihrer Rettungseinsätze im Mittelmeer. Damit unterstützt Deutschland
98 die Blockadepolitik Italiens, Maltas und anderer Mitgliedstaaten und nimmt in
99 Kauf, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder aber in libysche Folterlager
100 zurückgebracht werden, wo auf sie die Hölle auf Erden wartet. Das ist zutiefst
101 unmenschlich.

102 Im zentralen Mittelmeer trotzen zivilgesellschaftliche Seenotretter*innen der
103 tödlichen Blockadepolitik und retten auch in Zeiten von Corona so viele Leben
104 wie nur möglich. Wir GRÜNE stehen an der Seite dieser starken und solidarischen
105 Zivilgesellschaft und stellen uns ihrer zunehmenden Kriminalisierung entgegen.

106 Die Pandemie erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, aber sie entbindet einen
107 nicht von der Pflicht, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Die Häfen Italiens
108 und Maltas sind offen, es fahren täglich Schiffe ein und aus. Es gibt keinen
109 Grund, sie ausgerechnet für Rettungsschiffe zu schließen.

110 **Wir GRÜNE fordern, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen**
111 **Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dafür einsetzt, dass Italien und Malta**
112 **ihre Häfen für Rettungsschiffe wieder öffnen.** Und wir brauchen dringend und
113 weiterhin ein europäisches Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer, zu dem
114 auch Deutschland mit Booten seinen Beitrag leisten muss.

115 Um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern, können Schutzsuchende auf
116 derzeit still liegenden Fähren und Kreuzfahrtschiffen in 14-tägige Quarantäne
117 gebracht werden. Danach muss eine Verteilung der Menschen auf EU- Staaten
118 erfolgen. Hierfür braucht es eine Neuauflage und Erweiterung des Abkommens von
119 Malta aus dem vergangenen September.

120 **Ein gerechtes und effizientes Europäisches Asylsystem voranbringen**

121 **Wir GRÜNE setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein. Dabei**
122 **müssen faire, zügige und rechtsstaatliche Verfahren überall in Europa genauso**
123 **wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen.** Langwierige
124 Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen führen zu
125 unmenschlichen Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau
126 das wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen
127 schnell registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen
128 durchlaufen und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Die
129 Erstunterbringung muss menschenwürdig sein und medizinische Versorgung sowie
130 Schutzkonzepte für Frauen, Kinder und weitere besonders vulnerable Gruppen
131 garantieren. Ein Campieren unter Plastikplanen oder gar unter freiem Himmel ist
132 mit Menschenrechtsstandards unvereinbar. Auch muss eine unabhängige
133 Rechtsberatung sichergestellt sein. Kapazitäten der Aufnahmezentren dürfen nicht
134 überschritten werden.

135 Um Schutzsuchende gerecht zu verteilen, setzen wir auf einen Ansatz, der das
136 Potenzial der Solidarität in Europa voll ausschöpft. Hunderte von Städten und
137 Gemeinden in Europa haben sich bereit erklärt, Asylsuchende aufzunehmen. Für uns
138 ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-
139 Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. **Die Blockadepolitik einzelner**
140 **Mitgliedstaaten darf nicht länger ein menschenwürdiges Asylsystem verhindern.**
141 Deshalb setzen wir auf positive Anreize zur Stärkung der Solidarität. Wenn die
142 freiwilligen Kapazitäten erschöpft sind und weitere Plätze für Asylsuchende
143 benötigt werden sollten sich in einem weiteren Schritt alle Mitgliedsstaaten
144 solidarisch beteiligen. Mitgliedstaaten, die sich grundsätzlich gegen die
145 Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen stattdessen einen angemessenen
146 finanziellen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen
147 Asylsystem beteiligen. Der finanzielle Beitrag muss mindestens die tatsächlichen
148 Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten entsprechen und denjenigen
149 Mitgliedsstaaten zugutekommen, die bereit sind, weitere Schutzsuchende
150 aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von
151 denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa
152 grundsätzlich ablehnen.

153
154 Wir wollen, dass Anknüpfungspunkte von Asylsuchenden an einen bestimmten
155 Mitgliedstaat, wie familiäre Bindungen, Sprachkenntnisse oder frühere
156 Aufenthalte, bei der Verteilung so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das
157 verbessert die Aussichten auf Integration und verringert die Anreize, irregulär
158 in einen anderen Mitgliedstaat weiterzuziehen.

159
160 Die Europäische Kommission muss prinzipiell dafür sorgen, dass Geflüchtete
161 überall in Europa Perspektiven haben. Missstände wie inhumane Zustände in
162 Flüchtlingsunterkünften, illegale Pushbacks und Gewalt an der Grenze müssen ein
163 Ende haben. Die Europäische Kommission darf nicht vor
164 Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen gegenüber Mitgliedstaaten
165 zurückschrecken, welche die Werte und Rechte der EU nicht respektieren.

166 **Geflüchtete auch hierzulande schützen**

167 Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus darf es keine doppelten
168 Standards geben. Auch Geflüchtete müssen vor Corona geschützt werden – weltweit
169 und hier in Deutschland. Neben zwingenden Hygieneplänen für eine Entzerrung
170 innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften muss
171 eine sofortige Umverteilung von mindestens den Risikogruppen und den
172 schutzbedürftigen Personen in die Kommunen erfolgen.

173 Abschiebungen sind derzeit faktisch ausgesetzt, da der Flugverkehr nahezu
174 eingestellt wurde. Es ist auch aus menschrechtlicher Sicht absolut inakzeptabel,
175 in Zeiten einer Pandemie an Abschiebungen festzuhalten, wie es die
176 Bundesregierung jedoch tut. Sie gefährdet damit nicht nur die Geflüchteten,
177 sondern auch die beteiligten Beamt*innen und das Bordpersonal.

178 **Neben den 16 Landesintegrationsbeauftragten und zahlreichen Flüchtlings- und**
179 **Menschenrechtsorganisationen fordern auch wir GRÜNE, Abschiebungen ausnahmslos**
180 **auszusetzen.** Dafür soll ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen erlassen und
181 die Abschiebhaft entsprechend ausgesetzt werden. Das BAMF und die
182 Ausländerbehörden sollten keine negativen Bescheide mehr ausstellen, da
183 Beratungsstellen und Anwalt*innen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Alle in
184 Deutschland lebenden Menschen sollten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus

185 uneingeschränkt Zugang zu unserem Gesundheitssystem haben. Auch bei den
186 Sozialleistungen muss darauf geachtet werden, dass Empfänger*innen nach dem
187 Asylbewerberleistungsgesetz bei den Hilfspaketen nicht vergessen werden.

Beschluss (vorläufig)

Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt – auch in der Krise

Gremium: 1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum: 02.05.2020
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

1 Die zivilisatorische Errungenschaft des individuellen Rechts auf Asyl ist einer
2 der menschenrechtlichen Grundpfeiler des internationalen und deutschen Rechts
3 und der Europäischen Union. Es muss geschützt werden, zu jeder Zeit. Doch schon
4 vor der Pandemie haben die Mitgliedsstaaten der EU es nicht vermocht, dieses
5 Recht zu achten und gemeinsam zu schützen. Sie ließen zu und lassen bis heute
6 zu, dass Menschen auf der Flucht ertrinken und in überfüllten Lagern auf
7 europäischem Boden monate- und jahrelang feststecken. Eine solidarische
8 Verteilung der Menschen, die nach Europa kommen, wurde bislang ebenso wenig
9 erreicht wie ein gemeinsames europäisches Asylsystem.

10 Jetzt, in Zeiten der Krise, drohen diese Versäumnisse zu einer noch größeren
11 Katastrophe zu werden: Die von einigen Ländern der EU zugesagte Verteilung
12 besonders schutzbedürftiger Menschen aus den überfüllten Lagern auf den
13 griechischen Inseln verzögert sich lebensgefährlich. Und auch auf dem Mittelmeer
14 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten aus der Verantwortung gezogen. Wenn
15 Schutzsuchende im zentralen Mittelmeer gerettet werden, verdanken wir das einzig
16 und allein dem Engagement der ehrenamtlichen Seenotrettungsorganisationen. Die
17 Pandemie stellt jeden EU-Mitgliedsstaat vor schwierige Herausforderungen.
18 Momentan wird sie jedoch als Vorwand genutzt, um Hilfsorganisationen beim Retten
19 von Menschenleben zu behindern und die staatliche Seenotrettung weiter
20 auszusetzen. All das nun mit dem Hinweis auf die Gefährlichkeit des Virus, auf
21 fehlende gesundheitliche Ressourcen in Südeuropa und aus Angst vor weiteren
22 Infizierten. Doch Europa darf Menschen nicht ertrinken lassen.

23 Das Corona-Virus unterscheidet nicht nach Herkunft, Religion oder Aussehen. Es
24 fragt nicht danach, ob wir aus Deutschland, Afghanistan oder Syrien sind. Es
25 gefährdet uns alle. Und es ist, nach den Worten des Bundespräsidenten, eine
26 Prüfung für unsere Menschlichkeit. Für uns Grüne ist klar, dass wir diese Krise
27 nur gemeinsam meistern können. Wir riskieren keine Toten, wo wir Leben retten
28 können – nicht hier, aber auch nicht in Italien, Griechenland oder auf dem
29 Mittelmeer. Wir setzen europäische Werte und Solidarität nicht aufs Spiel, wo
30 sie dringender denn je gebraucht werden. Wir haben ein Ziel: Wir lassen
31 niemanden zurück, auch nicht die Geflüchteten in Deutschland und an den
32 europäischen Außengrenzen.

33 **Schutzbedürftige aufnehmen, menschenwürdige Bedingungen schaffen, vor Corona** 34 **schützen**

35 Durch die Corona-Krise hat sich die Verteilung der Menschen aus den überfüllten
36 Lagern auf den griechischen Inseln nochmal lebensgefährlich verzögert.
37 Eigentlich hatten Anfang März sieben Mitgliedstaaten angekündigt, insgesamt
38 1.600 besonders Schutzbedürftige von dort aufzunehmen. Doch bis heute haben

39 lediglich Luxemburg und Deutschland Menschen zu sich geholt – zusammen insgesamt
40 59 Kinder. Das ist nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.
41 Mehr als 35.000 Geflüchtete stecken auf den griechischen Inseln fest, 18.000
42 alleine im Camp Moria auf Lesbos, das ursprünglich für 3.000 Menschen konzipiert
43 war. Es fehlt an Medikamenten, Toiletten, Platz zum Abstandhalten. Nicht einmal
44 fließend Wasser gibt es jeden Tag. Niemand kann sich dort ausreichend vor einer
45 Ansteckung mit dem Covid-19 Virus schützen. Auf ganz Lesbos gibt es nur sechs
46 Intensivbetten. Angesichts dieser Bedingungen ist es nur nachvollziehbar, dass
47 die Geflüchteten große Angst um sich und ihre Liebsten in den Camps haben, wenn
48 das Virus dort ankommt. Dass die Bundesregierung es nach langem Ringen geschafft
49 hat, gerade einmal rund 50 Kinder aufzunehmen, ist unter diesen Umständen
50 beschämend.

51 Viele Städte und Gemeinden in Deutschland und auch in anderen europäischen
52 Staaten, selbst ganze Bundesländer haben ihre Bereitschaft signalisiert, viel
53 mehr Menschen aufzunehmen. Darum müssen nun sofort als erstes die besonders
54 schutzbedürftigen Menschen, also unbegleitete Kinder und Jugendliche, Familien,
55 Schwangere, chronisch Kranke, traumatisierte Personen, Menschen mit Behinderung
56 und Ältere von den Inseln geholt werden. Die Bundesländer, die deutlich erklärt
57 haben, dass sie Kapazitäten für mehr Menschen haben und aufnehmen wollen, müssen
58 nun aktiv werden, Landesaufnahmeanordnungen erlassen und mit dem
59 Bundesinnenminister ein Einvernehmen über die Aufnahme herstellen. Doch einzelne
60 Bundesländer können die Probleme der Europäischen Asylpolitik nicht im
61 Alleingang lösen. Sie können nur ihren Beitrag leisten und vom
62 Bundesinnenministerium einfordern, dass Deutschland die eigenen Möglichkeiten
63 nutzt und endlich Verantwortung übernimmt. Die hierzulande vorhandenen
64 Kapazitäten dürfen nicht ungenutzt bleiben.

65 **Wir Grüne fordern, in den nächsten Wochen zuerst die besonders schutzbedürftigen**
66 **Menschen, wie unbegleitete Minderjährige, Familien mit kleinen Kindern oder**
67 **Corona-Risikofälle zu evakuieren.** Familien dürfen nicht auseinandergerissen
68 werden, auch wenn sie durchs enge Raster der Kernfamilien-Definition in der
69 Dublin-Verordnung fallen. Es ist absurd, wenn ein minderjähriger Junge nach
70 Deutschland kommt und von seiner Schwester getrennt wird, die mit einem kleinen
71 Kind in Moria zurückbleibt.

72 Aufgrund der Ausbreitung von Covid-19 können derzeit viele Visa mangels
73 Flugverbindungen nicht genutzt werden und verfallen. Daher braucht es einen
74 großzügigen Umgang mit Fristen und Verlängerungen von bereits ausgestellten
75 Visa. Da dies auch den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in
76 Deutschland betrifft, der ohnehin auf maximal 1.000 Menschen pro Monat begrenzt
77 ist, fordern wir die Übertragung nicht ausgeschöpfter Kontingente auf die Zeit,
78 in der konsularischer Betrieb wieder vollumfänglich aufgenommen werden kann und
79 Flugverbindungen existieren. Sobald es wieder möglich ist, sollten die
80 Visaabteilungen personell aufgestockt werden, um zügig die aufgestauten Anträge
81 abarbeiten zu können.

82 Um Menschen nicht noch länger im Ungewissen zu lassen, setzen wir uns dafür ein,
83 die 6-monatige Dublin-Rücküberstellungsfrist nicht zu verlängern oder
84 auszusetzen, sondern die Zuständigkeit für das Asylverfahren nach Ablauf der
85 Frist anzuerkennen.

86 Auch die EU-Kommission muss ihren Teil dazu beitragen, die menschenunwürdige
87 Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln zu beenden und dabei

88 unterstützen, dass die sichere Aufnahme der Geflüchteten in anderen EU-
89 Mitgliedsstaaten finanziert wird. Statt 280 Millionen Euro dafür auszugeben,
90 überfüllte Lager einige Kilometer weiter durch geschlossene Freiluftgefängnisse
91 für die Geflüchteten zu ersetzen, sollte die medizinische und humanitäre
92 Versorgung der Menschen verbessert werden.

93 **Häfen öffnen, Menschenleben retten**

94 Über Ostern wurde von überfüllten Booten im Mittelmeer berichtet, die Notrufe
95 abgesetzt hatten, jedoch von den maltesischen und italienischen Behörden
96 ignoriert wurden. Die Bundesregierung forderte von den Seenotrettungs-NGOs sogar
97 einen Stopp ihrer Rettungseinsätze im Mittelmeer. Damit unterstützt Deutschland
98 die Blockadepolitik Italiens, Maltas und anderer Mitgliedstaaten und nimmt in
99 Kauf, dass Menschen im Mittelmeer sterben oder aber in libysche Folterlager
100 zurückgebracht werden, wo auf sie die Hölle auf Erden wartet. Das ist zutiefst
101 unmenschlich.

102 Im zentralen Mittelmeer trotzen zivilgesellschaftliche Seenotretter*innen der
103 tödlichen Blockadepolitik und retten auch in Zeiten von Corona so viele Leben
104 wie nur möglich. Wir Grüne stehen an der Seite dieser starken und solidarischen
105 Zivilgesellschaft und stellen uns ihrer zunehmenden Kriminalisierung entgegen.

106 Die Pandemie erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen, aber sie entbindet einen
107 nicht von der Pflicht, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Die Häfen Italiens
108 und Maltas sind offen, es fahren täglich Schiffe ein und aus. Es gibt keinen
109 Grund, sie ausgerechnet für Rettungsschiffe zu schließen.

110 **Wir Grüne fordern, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit anderen**
111 **Mitgliedstaaten und der EU-Kommission dafür einsetzt, dass Italien und Malta**
112 **ihre Häfen für Rettungsschiffe wieder öffnen.** Und wir brauchen dringend und
113 weiterhin ein europäisches Seenotrettungsprogramm für das Mittelmeer, zu dem
114 auch Deutschland mit Booten seinen Beitrag leisten muss.

115 Um eine mögliche Ausbreitung des Virus zu verhindern, können Schutzsuchende auf
116 derzeit still liegenden Fähren und Kreuzfahrtschiffen in 14-tägige Quarantäne
117 gebracht werden. Danach muss eine Verteilung der Menschen auf EU- Staaten
118 erfolgen. Hierfür braucht es eine Neuauflage und Erweiterung des Abkommens von
119 Malta aus dem vergangenen September.

120 **Ein gerechtes und effizientes Europäisches Asylsystem voranbringen**

121 **Wir Grüne setzen uns für eine Reform des Europäischen Asylsystems ein. Dabei**
122 **müssen faire, zügige und rechtsstaatliche Verfahren überall in Europa genauso**
123 **wie ein funktionierender Verteilmechanismus im Zentrum stehen.** Langwierige
124 Verfahren, Zulässigkeitsprüfungen und Vorprüfungen von Asylanträgen führen zu
125 unmenschlichen Situationen wie derzeit auf den griechischen Inseln. Und genau
126 das wollen wir vermeiden. Schutzsuchende müssen deshalb an den Außengrenzen
127 schnell registriert werden, einen Gesundheitscheck und Sicherheitskontrollen
128 durchlaufen und dann rasch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Die
129 Erstunterbringung muss menschenwürdig sein und medizinische Versorgung sowie
130 Schutzkonzepte für Frauen, Kinder und weitere besonders vulnerable Gruppen
131 garantieren. Ein Campieren unter Plastikplanen oder gar unter freiem Himmel ist
132 mit Menschenrechtsstandards unvereinbar. Auch muss eine unabhängige
133 Rechtsberatung sichergestellt sein. Kapazitäten der Aufnahmezentren dürfen nicht
134 überschritten werden.

135 Um Schutzsuchende gerecht zu verteilen, setzen wir auf einen Ansatz, der das
136 Potenzial der Solidarität in Europa voll ausschöpft. Hunderte von Städten und
137 Gemeinden in Europa haben sich bereit erklärt, Asylsuchende aufzunehmen. Für uns
138 ist das der Ausgangspunkt. Wer helfen will, muss helfen können. Dabei müssen EU-
139 Gelder zur Unterstützung bereitgestellt werden. **Die Blockadepolitik einzelner**
140 **Mitgliedstaaten darf nicht länger ein menschenwürdiges Asylsystem verhindern.**
141 Deshalb setzen wir auf positive Anreize zur Stärkung der Solidarität. Wenn die
142 freiwilligen Kapazitäten erschöpft sind und weitere Plätze für Asylsuchende
143 benötigt werden sollten sich in einem weiteren Schritt alle Mitgliedsstaaten
144 solidarisch beteiligen. Mitgliedstaaten, die sich grundsätzlich gegen die
145 Aufnahme von Schutzsuchenden sperren, sollen stattdessen einen angemessenen
146 finanziellen Beitrag leisten und sich so an einem funktionierenden Europäischen
147 Asylsystem beteiligen. Der finanzielle Beitrag muss mindestens die tatsächlichen
148 Kosten für die Aufnahme von Geflüchteten entsprechen und denjenigen
149 Mitgliedsstaaten zugutekommen, die bereit sind, weitere Schutzsuchende
150 aufzunehmen. Auf diese Weise werden die Anreize für die Verteilung von
151 denjenigen mitfinanziert, die den Schutz von Geflüchteten in Europa
152 grundsätzlich ablehnen.

153
154 Wir wollen, dass Anknüpfungspunkte von Asylsuchenden an einen bestimmten
155 Mitgliedsstaat, wie familiäre Bindungen, Sprachkenntnisse oder frühere
156 Aufenthalte, bei der Verteilung so weit wie möglich berücksichtigt werden. Das
157 verbessert die Aussichten auf Integration und verringert die Anreize, irregulär
158 in einen anderen Mitgliedstaat weiterzuziehen.

159
160 Die Europäische Kommission muss prinzipiell dafür sorgen, dass Geflüchtete
161 überall in Europa Perspektiven haben. Missstände wie inhumane Zustände in
162 Flüchtlingsunterkünften, illegale Pushbacks und Gewalt an der Grenze müssen ein
163 Ende haben. Die Europäische Kommission darf nicht vor
164 Vertragsverletzungsverfahren und Sanktionen gegenüber Mitgliedstaaten
165 zurückschrecken, welche die Werte und Rechte der EU nicht respektieren.

166 **Geflüchtete auch hierzulande schützen**

167 Im Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus darf es keine doppelten
168 Standards geben. Auch Geflüchtete müssen vor Corona geschützt werden – weltweit
169 und hier in Deutschland. Neben zwingenden Hygieneplänen für eine Entzerrung
170 innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften muss
171 eine sofortige Umverteilung von mindestens den Risikogruppen und den
172 schutzbedürftigen Personen in die Kommunen erfolgen.

173 Abschiebungen sind derzeit faktisch ausgesetzt, da der Flugverkehr nahezu
174 eingestellt wurde. Es ist auch aus menschrechtlicher Sicht absolut inakzeptabel,
175 in Zeiten einer Pandemie an Abschiebungen festzuhalten, wie es die
176 Bundesregierung jedoch tut. Sie gefährdet damit nicht nur die Geflüchteten,
177 sondern auch die beteiligten Beamt*innen und das Bordpersonal.

178 **Neben den 16 Landesintegrationsbeauftragten und zahlreichen Flüchtlings- und**
179 **Menschenrechtsorganisationen fordern auch wir Grüne, Abschiebungen ausnahmslos**
180 **auszusetzen.** Dafür soll ein Abschiebestopp aus humanitären Gründen erlassen und
181 die Abschiebhaft entsprechend ausgesetzt werden. Das BAMF und die
182 Ausländerbehörden sollten keine negativen Bescheide mehr ausstellen, da
183 Beratungsstellen und Anwalt*innen nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Alle in
184 Deutschland lebenden Menschen sollten unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus

185 uneingeschränkt Zugang zu unserem Gesundheitssystem haben. Auch bei den
186 Sozialleistungen muss darauf geachtet werden, dass Empfänger*innen nach dem
187 Asylbewerberleistungsgesetz bei den Hilfspaketen nicht vergessen werden.

Beschluss

1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen Einigung

Gremium: 1. Digitaler Länderrat

Beschlussdatum: 02.05.2020

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen

2 Einigung

3 Mit der ersten und einzigen freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März, dem
4 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen
5 Staaten am 1. Juli und der Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August in
6 Berlin wurden, neben vielen anderen Ereignissen, entscheidende Grundsteine, die
7 bis heute unser Leben beeinflussen, gelegt. Mit dem Beitritt der Gebiete der DDR
8 samt Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik
9 Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die formale Wiedervereinigung der beiden
10 deutschen Staaten vollzogen. Mit dem Wahlsieg der "Allianz für Deutschland"
11 wurde ein schneller Beitritt der ostdeutschen Gebiete an Westdeutschland
12 forciert, gestützt durch eine breite Mehrheit in der ostdeutschen Bevölkerung,
13 die Stabilität suchte. Viele Bürgerrechtler*innen hätten sich ein anderes,
14 langsames und mitgestaltendes Vorgehen gewünscht. Die Chance auf eine echte
15 gemeinsame Verfassung, mit einem breiten diskursiven Prozess, wurde damit
16 praktisch vertan.

17 Auf vielen Ebenen hingegen konnte 1990 die Basis für eine tolerante, ökologische
18 und demokratische Wende in den neuen Bundesländern gelegt werden:

19 **Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze muss Nationales Natur- und Gedenkmonument** 20 **werden!**

21 Die Entstehung von Nationalparks war ein wichtiger Schritt im Umwelt- und
22 Naturschutz. Prof. Dr. Succow, stellvertretender Minister für Natur-,
23 Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der Volkskammer der DDR und für
24 Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung verantwortlich, gelang es, am 12.
25 September 1990 in der letzten Sitzung der Volkskammer vor ihrer Auflösung, den
26 Beschluss für ein *Nationalpark-Programm*, durchzusetzen. Mit dem Beschluss wurden
27 sieben Prozent der Fläche der DDR als Nationalparks oder Biosphärenreservate
28 unter strengen Naturschutz gestellt. Damit war die Grundlage für die Einrichtung
29 vieler Naturschutz-Großreservate in Ostdeutschland gelegt. Als größter
30 Biotopverbund Deutschlands ist das Grüne Band ein bedeutsamer Rückzugsort für
31 bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Heute leistet das Grüne Band nicht nur einen
32 wichtigen Beitrag für den Erhalt von Biodiversität. Es ist gleichzeitig ein
33 wichtiger Ort für das Gedenken an die vielen Menschen, denen im Todesstreifen
34 das Leben genommen wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass das **gesamte** Grüne Band
35 Deutschland den Status eines Nationalen Naturmonuments erhält und die massiven
36 Waldschäden der letzten Jahre gemeinsam angegangen werden.

37 **Die Aufarbeitung der DDR ist eine gesamtdeutsche Aufgabe!**

38 Mit der Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde, zwei Jahre nach dem Erstürmen der
39 ersten Stasi-Zentralen, konnte ein bedeutsamer Teil der demokratischen
40 Aufarbeitung beginnen. Für Opfer und Täter*innen gibt es damit die Chance, sich
41 mit ihrer Geschichte auseinander zu setzen und sich ihr zu stellen. Wir werten
42 die Stasi-Unterlagen, in Form von Papier-, Ton-, Mikrofilm- oder Filmdokumenten
43 sowie die Gedenkstätten des Stasi-Überwachungsstaates und auch die private und
44 öffentliche Auseinandersetzung damit als unverzichtbares Erbe für unser
45 demokratisches Selbstverständnis in ganz Deutschland. Mit der Gesetzesnovelle
46 von September 2019 wurde leider die Möglichkeit verpasst, die notwendige
47 Weiterentwicklung und Neustrukturierung der BStU-Behörde anzugehen.
48 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur insbesondere, aber auch anderer Diktaturen,
49 muss kontinuierlich fortgesetzt werden. Um Demokratie und Aufarbeitung zu
50 erleben, zu sichern und zu verteidigen braucht es die Aufklärung über
51 diktatorische Strukturen. Deshalb ist politische Bildungsarbeit in den
52 Außenstellen der BStU, den authentischen Orten und Gedenkstätten von immenser
53 Bedeutung und braucht Bestandsschutz. Wir sind den Generationen, die nach 1990
54 geboren sind, verpflichtet, Zeitzeugnisse wissenschaftlich aufgearbeitet
55 zugänglich zu machen. Damit können wir die Chance erhalten, Lehren aus dieser
56 Zeit zu ziehen. Unsere Aufgabe ist es nicht nur Orte des Erinnerns zu erhalten,
57 sondern auch, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen. Nicht nur in
58 den ostdeutschen Bundesländern, sondern bundesweit.

59 **Die Leistung von Ost-Frauen anerkennen und ihren Kampf um Gleichberechtigung** 60 **fortführen!**

61 Es waren vor allem die jungen, gut ausgebildeten Frauen, die es nach dem Fall
62 der Mauer in die alten Bundesländer zog. Sie brachten ihre Vorstellungen von
63 gesellschaftlichem Zusammenleben mit. Ein Leben in Vollzeitberufstätigkeit, mit
64 guter Kinderbetreuung und angemessenen Löhnen. Gleichzeitig sahen sie sich einem
65 gesellschaftlichen und rechtlichen Backlash ausgesetzt. Man erwartete scheinbar,
66 dass Frauen auch in den neuen Ländern den Schritt zurück in die Häuslichkeit
67 machen wollen würden und sich die ostdeutsche Gesellschaft zu 100% den
68 westdeutschen Gepflogenheiten anpassen würde. Mit der Wiedervereinigung wurde
69 auch die Debatte um den §218 Strafgesetzbuch erneut geführt. Als Bündnisgrüne
70 setzen wir uns weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen
71 über ihren Körper ein. Bei ungewollter Schwangerschaft verdienen Frauen keine
72 Strafe, sondern das uneingeschränkte Recht, sich zu informieren. Die jetzigen
73 gesetzlichen Regelungen bleiben in diesem Bereich immer noch weit hinter denen
74 der ehemaligen DDR zurück. Es ist kaum erträglich, dass ein repressiver Staat
75 hier formal progressiver war als unsere Gesetze heute. Wirtschaftliche und
76 politische Führungsgremien in ganz Deutschland sind weitgehend Männerrunden,
77 auch wenn es hier Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Noch immer ist der
78 Anteil von Frauen in Führungspositionen, wie auch in technischen Berufen in den
79 neuen Bundesländern höher, aber auch weiterhin deutlich von einer paritätischen
80 Besetzung entfernt. Die Frauenrechtler*innen waren mit Träger*innen der
81 friedlichen Revolution. Ihren Kampf für mehr Gleichberechtigung weiterzuführen,
82 sehen wir mit als unsere Aufgabe an. Um mehr Gleichberechtigung in
83 Führungsgremien zu schaffen, wollen wir eine Frauenquote einführen. Damit
84 Gleichberechtigung in den Parlamenten und in der Politik Realität wird, brauchen
85 wir Parität - deutschlandweit und im Europaparlament.

86 **Wirtschaft in Ostdeutschland durch Innovationen zukunftsfähig aufstellen!**

87 Mit Inkrafttreten der Währungsunion und der damit einhergehenden Einführung der

88 D-Mark gab es massive wirtschaftliche Umbrüche. Der Schnelligkeit zuliebe wurden
89 wirtschaftliche Risiken in Kauf genommen, die drastische soziale Einschnitte für
90 große Teile der Bevölkerung nach sich zogen. Die einsetzende Abwanderung vor
91 allem aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands schlägt sich heute noch in einer
92 Überalterung der Gesellschaft nieder. Die Fachkräftesicherung ist dadurch sehr
93 herausfordernd. Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft bleibt auch
94 30 Jahre nach der Wiedervereinigung um ca. ¼ schwächer als die Wirtschaft der
95 alten Bundesländer. Deshalb braucht es einen besonderen wirtschaftspolitischen
96 Fokus auf die ostdeutsche Wirtschaft, die überdurchschnittlich von dezentralen
97 kleinen und Kleinstunternehmen geprägt ist. Ostdeutschland ist Indikator für
98 kommende gesellschaftliche Prozesse, weil sie hier schneller und oft härter
99 ablaufen und ablaufen, als anderswo. Dadurch ist Ostdeutschland Modell für viele
100 strukturschwache, sehr ländlich geprägte, Regionen in ganz Europa, in denen die
101 wirtschaftlichen, wie sozialen Prozesse zeitverzögert erfolgen.

102 Mit einer zielgenauen Wirtschaftsförderung können hier Masterpläne für
103 zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen für strukturschwache Regionen in ganz
104 Europa entwickelt werden.

105 TTT- Talente, Technologie, Toleranz sind die erfolgversprechenden Faktoren:

106 Wir wollen vorhandene Unternehmen in den Regionen stärken und bei ihrer
107 Weiterentwicklung, insbesondere der technologischen, durch zielgerichtete
108 Innovationsförderung unterstützen. Es geht darum, mit neuen und erweiterten
109 Produkten an den Markt zu gehen und traditionelle Unternehmensbereiche mit
110 Innovations- und Zukunftstechnologiebereichen in Clustern zu kombinieren.
111 Dadurch entstehen starke Wirtschaftsnetzwerke, die in der Region auch der Anker
112 für sozialen Wohlstand, die Unterstützung ehrenamtlicher und kultureller
113 Strukturen darstellen.

114 Ausgründungen aus Hoch- und Fachschulen sind Innovationskerne, brauchen aber für
115 einen Unternehmensaufbau gerade in strukturschwachen Regionen finanzielle
116 Unterstützung. Und Fachkräfte kommen nur, wenn neben guten eigenen
117 Karrieremöglichkeiten, auch die Familien, insbesondere ihre Kinder,
118 Entwicklungschancen haben. Deshalb muss in den ländlichen Regionen die digitale
119 und Gesundheitsinfrastruktur gut ausgebaut sein, eine lebendige und qualitativ
120 hochwertige Bildungs- und Kulturarbeit existieren und ein attraktives
121 Mobilitätsangebot vorhanden sein. Insbesondere Kleinstädten und Grundzentren, in
122 denen bereits eine Wirtschafts- oder auch Bildungsstruktur vorhanden ist, haben
123 hierbei hohes Potential und können so auch die angrenzenden ländlichen Räume
124 stärken.

125 Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir unbedingt eine tolerante,
126 demokratisch agierende Gesellschaft, die offen und selbstbestimmte Entwicklung
127 aller Menschen unterstützt. Rassistische und rechtsextreme Vorfälle schrecken
128 Unternehmen und Fachkräfte ab. Deshalb fordern wir eine aktive und gut
129 ausfinanzierte politische Bildungs- und Demokratiewerk und die nachhaltige
130 Sicherung der vielen Akteure, die sich mit großem Engagement für eine tolerante
131 und offenen Gesellschaft engagieren und gegen Rechtsextremismus kämpfen.

132 Mit dem Fall der Mauer vor rund 30 Jahren ist nicht nur die DDR verschwunden,
133 sondern auch die aus Bonn heraus geprägte BRD. Die Wiedervereinigung hat unser
134 Land in West und Ost, Nord und Süd bunter und vielfältiger gemacht. Solange aber
135 Lebensleistungen, z.B. aus Care-Arbeit, nicht anerkannt werden und strukturelle
136 Unterschiede für ungleiche Lebensverhältnisse im ländlich geprägten Osten und

137 dem industriellen Westen fortbestehen, wird die deutsche Teilung nicht vollends
138 überwunden sein.

139 **Den Einigungsprozess vorantreiben und europäisch vervollständigen**

140 Ein entscheidender Baustein in den Verhandlungen um die Wiedervereinigung war
141 die endgültige Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, insbesondere der
142 deutsch-polnischen Grenze. Diese Anerkennung der staatlichen Integrität Polens
143 und damit verbunden das Bekenntnis eines demnächst wiedervereinigten
144 Deutschlands zur deutsch-polnischen Freundschaft war ein entscheidender
145 Grundstein für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische
146 Gemeinschaft war nie eine Selbstverständlichkeit. Umso entscheidender ist es,
147 dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen um diese Gemeinschaft
148 ringen und sie auf Augenhöhe weiterentwickeln. Wir haben unterschiedliche
149 Erfahrungen und Erinnerungen, sie prägen unser Erleben der derzeitigen
150 Entwicklungen. Auch deshalb ist es so wichtig gemeinsam mit den Partner*innen
151 der Zivilgesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die hart
152 erkämpften Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und
153 Frauenrechte zu verteidigen.

154 Der Weg zur Einheit ist und war nicht immer einfach, doch er ist
155 erfolgsversprechend. Sowenig wir die deutsche Einheit auf Grund von bisher nicht
156 erreichten Zielen in Frage stellen, so wenig zweifeln wir die europäische
157 Integration an.

158 Vereinigt sind wir stärker als vorher getrennt – das gilt auch für Europa.

Beschluss (vorläufig)

1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen Einigung.

Gremium: 1. Digitaler Länderrat

Beschlussdatum: 02.05.2020

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 **1990 – Die ersten Schritte auf dem andauernden Weg der deutsch-deutschen** 2 **Einigung.**

3 Mit der ersten und einzigen freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März, dem
4 Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen
5 Staaten am 1. Juli und der Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August in
6 Berlin wurden, neben vielen anderen Ereignissen, entscheidende Grundsteine die
7 bis heute unser Leben beeinflussen gelegt. Mit dem Beitritt der Gebiete der DDR
8 samt Ost-Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik
9 Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde die formale Wiedervereinigung der beiden
10 deutschen Staaten vollzogen. Mit dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“
11 wurde ein schneller Beitritt der ostdeutschen Gebiete an Westdeutschland
12 forciert, gestützt durch eine breite Mehrheit in der ostdeutschen Bevölkerung,
13 die Stabilität suchte. Viele Bürgerrechtler*innen hätten sich ein anderes,
14 langsames und mitgestaltendes Vorgehen gewünscht. Die Chance auf eine echte
15 gemeinsame Verfassung, mit einem breiten diskursiven Prozess wurde damit
16 praktisch vertan.

17 Auf vielen Ebenen hingegen konnte 1990 die Basis für eine tolerante, ökologische
18 und demokratische Wende in den neuen Bundesländern gelegt werden:

19 **Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze muss Nationales Natur- und Gedenkmonument** 20 **werden!**

21 Die Entstehung von Nationalparks war ein wichtiger Schritt im Umwelt- und
22 Naturschutz. Prof. Dr. Succow, stellvertretender Minister für Natur-,
23 Umweltschutz und Wasserwirtschaft in der Volkskammer der DDR und für
24 Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung verantwortlich, gelang es, am 12.
25 September 1990 in der letzten Sitzung der Volkskammer vor ihrer Auflösung, den
26 Beschluss für ein *Nationalpark-Programm*, durchzusetzen. Mit dem Beschluss wurden
27 sieben Prozent der Fläche der DDR als Nationalparks oder Biosphärenreservate
28 unter strengen Naturschutz gestellt. Damit war die Grundlage für die Einrichtung
29 vieler Naturschutz-Großreservate in Ostdeutschland gelegt. Als größter
30 Biotopverbund Deutschlands ist das Grüne Band ein bedeutsamer Rückzugsort für
31 bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Heute leistet das Grüne Band nicht nur einen
32 wichtigen Beitrag für den Erhalt von Biodiversität. Es ist gleichzeitig ein
33 wichtiger Ort für das Gedenken an die vielen Menschen, denen im Todesstreifen
34 das Leben genommen wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass das **gesamte** Grüne Band
35 Deutschland den Status eines Nationalen Naturmonuments erhält und die massiven
36 Waldschäden der letzten Jahre gemeinsam angegangen werden.

37 **Die Aufarbeitung der DDR ist eine gesamtdeutsche Aufgabe!**

38 Mit der Gründung der Stasi-Unterlagenbehörde, zwei Jahre nach dem Erstürmen der
39 ersten Stasi-Zentralen, konnte ein bedeutsamer Teil der demokratischen
40 Aufarbeitung beginnen. Für Opfer und Täter gibt es damit die Chance, sich mit
41 ihrer Geschichte auseinander zu setzen und sich ihr zu stellen. Wir werten die
42 Stasi-Unterlagen, in Form von Papier-, Ton-, Mikrofilm- oder Filmdokumenten
43 sowie die Gedenkstätten des Stasi-Überwachungsstaates und auch die private und
44 öffentliche Auseinandersetzung damit als unverzichtbares Erbe für unser
45 demokratisches Selbstverständnis in ganz Deutschland. Mit der Gesetzesnovelle
46 von September 2019 wurde leider die Möglichkeit verpasst, die notwendige
47 Weiterentwicklung und Neustrukturierung der BStU-Behörde anzugehen.
48 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur insbesondere, aber auch anderer Diktaturen,
49 muss kontinuierlich fortgesetzt werden. Um Demokratie und Aufarbeitung zu
50 erleben, zu sichern und zu verteidigen braucht es die Aufklärung über
51 diktatorische Strukturen. Deshalb ist politische Bildungsarbeit in den
52 Außenstellen der BStU, den authentischen Orten und Gedenkstätten von immenser
53 Bedeutung und braucht Bestandsschutz. Wir sind den Generationen, die nach 1990
54 geboren sind, verpflichtet Zeitzeugnisse wissenschaftlich aufgearbeitet
55 zugänglich zu machen. Damit können wir die Chance erhalten, Lehren aus dieser
56 Zeit zu ziehen. Unsere Aufgabe ist es nicht nur Orte des Erinnerns zu erhalten,
57 sondern auch, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen. Nicht nur in
58 den ostdeutschen Bundesländern, sondern bundesweit.

59 **Die Leistung von Ost-Frauen anerkennen und ihren Kampf um Gleichberechtigung** 60 **fortführen!**

61 Es waren vor allem die jungen, gut ausgebildeten Frauen, die es nach dem Fall
62 der Mauer in die alten Bundesländer zog. Sie brachten ihre Vorstellungen von
63 gesellschaftlichem Zusammenleben mit. Ein Leben in Vollzeitberufstätigkeit, mit
64 guter Kinderbetreuung und angemessenen Löhnen. Gleichzeitig sahen sie sich einem
65 gesellschaftlichen und rechtlichen Backlash ausgesetzt. Man erwartete scheinbar,
66 dass Frauen auch in den neuen Ländern den Schritt zurück in die Häuslichkeit
67 machen wollen würden und sich die ostdeutsche Gesellschaft zu 100% den
68 westdeutschen Gepflogenheiten anpassen würde. Mit der Wiedervereinigung wurde
69 auch die Debatte um den §218 Strafgesetzbuch erneut geführt. Als Bündnisgrüne
70 setzen wir uns weiterhin für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen
71 über ihren Körper ein. Bei ungewollter Schwangerschaft verdienen Frauen keine
72 Strafe, sondern das uneingeschränkte Recht, sich zu informieren. Die jetzigen
73 gesetzlichen Regelungen bleiben in diesem Bereich immer noch weit hinter denen
74 der ehemaligen DDR zurück. Es ist kaum erträglich, dass ein repressiver Staat
75 hier formal progressiver war als unsere Gesetze heute. Wirtschaftliche und
76 politische Führungsgremien in ganz Deutschland sind weitgehend Männerrunden,
77 auch wenn es Unterschiede zwischen Ost und West hier gibt. Noch immer ist der
78 Anteil von Frauen in Führungspositionen, wie auch in technischen Berufen in den
79 neuen Bundesländern höher, aber auch weiterhin deutlich von einer paritätischen
80 Besetzung entfernt. Die Frauenrechtler*innen waren mit Träger*innen der
81 friedlichen Revolution. Ihren Kampf für mehr Gleichberechtigung weiterzuführen,
82 sehen wir mit als unsere Aufgabe an. Um mehr Gleichberechtigung in
83 Führungsgremien zu schaffen, wollen wir eine Frauenquote einführen. Damit
84 Gleichberechtigung in den Parlamenten und in der Politik Realität wird, brauchen
85 wir Parität - deutschlandweit und im Europaparlament.

86 **Wirtschaft in Ostdeutschland durch Innovationen zukunftsfähig aufstellen!**

87 Mit Inkrafttreten der Währungsunion und der damit einhergehenden Einführung der

88 D-Mark gab es massive wirtschaftliche Umbrüche. Der Schnelligkeit zuliebe wurden
89 wirtschaftliche Risiken in Kauf genommen, die drastische soziale Einschnitte für
90 große Teile der Bevölkerung nach sich zogen. Die einsetzende Abwanderung vor
91 allem aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands schlägt sich heute noch in einer
92 Überalterung der Gesellschaft nieder. Die Fachkräftesicherung ist dadurch sehr
93 herausfordernd. Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft bleibt auch
94 30 Jahre nach der Wiedervereinigung um ca. ¼ schwächer als die Wirtschaft der
95 alten Bundesländer. Deshalb braucht es einen besonderen wirtschaftspolitischen
96 Fokus auf die ostdeutsche Wirtschaft, die überdurchschnittlich von dezentralen
97 kleinen und Kleinstunternehmen geprägt ist Ostdeutschland ist Indikator für
98 kommende gesellschaftliche Prozesse, weil sie hier schneller und oft härter
99 ablaufen und ablaufen, als anderswo. Dadurch ist Ostdeutschland Modell für viele
100 strukturschwache, sehr ländlich geprägte, Regionen in ganz Europa, in denen die
101 wirtschaftlichen, wie sozialen Prozesse zeitverzögert erfolgen.

102 Mit einer zielgenauen Wirtschaftsförderung können hier Masterpläne für
103 zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen für strukturschwache Regionen in ganz
104 Europa entwickelt werden.

105 TTT- Talente, Technologie, Toleranz sind die erfolgversprechenden Faktoren:

106 Wir wollen vorhandene Unternehmen in den Regionen stärken und bei ihrer
107 Weiterentwicklung, insbesondere der technologischen, durch zielgerichtete
108 Innovationsförderung unterstützen. Es geht darum, mit neuen und erweiterten
109 Produkten an den Markt zu gehen und traditionelle Unternehmensbereiche mit
110 Innovations- und Zukunftstechnologiebereichen in Clustern zu kombinieren.
111 Dadurch entstehen starke Wirtschaftsnetzwerke, die in der Region auch der Anker
112 für sozialen Wohlstand, die Unterstützung ehrenamtlicher und kultureller
113 Strukturen darstellen.

114 Ausgründungen aus Hoch- und Fachschulen sind Innovationskerne, brauchen aber für
115 einen Unternehmensaufbau gerade in strukturschwachen Regionen finanzielle
116 Unterstützung. Und Fachkräfte kommen nur, wenn neben guten eigenen
117 Karrieremöglichkeiten, auch die Familien, insbesondere ihre Kinder,
118 Entwicklungschancen haben. Deshalb muss in den ländlichen Regionen die digitale
119 und Gesundheitsinfrastruktur gut ausgebaut sein, eine lebendige und qualitativ
120 hochwertige Bildungs- und Kulturarbeit existieren und ein attraktives
121 Mobilitätsangebot vorhanden sein. Insbesondere Kleinstädten und Grundzentren, in
122 denen bereits eine Wirtschafts- oder auch Bildungsstruktur vorhanden ist, haben
123 hierbei hohes Potential und können so auch die angrenzenden ländlichen Räume
124 stärken.

125 Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir unbedingt eine tolerante,
126 demokratisch agierende Gesellschaft, die offen und selbstbestimmte Entwicklung
127 aller Menschen unterstützt. Rassistische und rechtsextreme Vorfälle schrecken
128 Unternehmen und Fachkräfte ab. Deshalb fordern wir eine aktive und gut
129 ausfinanzierte politische Bildungs- und Demokratiewerk und die nachhaltige
130 Sicherung der vielen Akteure, die sich mit großem Engagement für eine tolerante
131 und offenen Gesellschaft engagieren und gegen Rechtsextremismus kämpfen.

132 Mit dem Fall der Mauer vor rund 30 Jahren ist nicht nur die DDR verschwunden,
133 sondern auch die aus Bonn heraus geprägte BRD. Die Wiedervereinigung hat unser
134 Land in West und Ost, Nord und Süd bunter und vielfältiger gemacht. Solange aber
135 Lebensleistungen, z.B. aus Carearbeit, nicht anerkannt werden und strukturelle
136 Unterschiede für ungleiche Lebensverhältnisse im ländlich geprägten Osten und

137 dem industriellen Westen fortbestehen, wird die deutsche Teilung nicht vollends
138 überwunden sein.

139 **Den Einigungsprozess vorantreiben und europäisch vervollständigen**

140 Ein entscheidender Baustein in den Verhandlungen um die Wiedervereinigung war
141 die endgültige Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, insbesondere der
142 deutsch-polnischen Grenze. Diese Anerkennung der staatlichen Integrität Polens
143 und damit verbunden das Bekenntnis eines demnächst wiedervereinigten
144 Deutschlands zur deutsch-polnischen Freundschaft war ein entscheidender
145 Grundstein für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Die Europäische
146 Gemeinschaft war nie eine Selbstverständlichkeit. Umso entscheidender ist es,
147 dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen um diese Gemeinschaft
148 ringen und sie auf Augenhöhe weiterentwickeln. Wir haben unterschiedliche
149 Erfahrungen und Erinnerungen, sie prägen unser Erleben der derzeitigen
150 Entwicklungen. Auch deshalb ist es so wichtig gemeinsam mit den Partner*innen
151 der Zivilgesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die hart
152 erkämpften Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und
153 Frauenrechte zu verteidigen.

154 Der Weg zur Einheit ist und war nicht immer einfach, doch er ist
155 erfolgsversprechend. Sowenig wir die deutsche Einheit auf Grund von bisher nicht
156 erreichten Zielen in Frage stellen, so wenig zweifeln wir die europäische
157 Integration an.

158 Vereinigt sind wir stärker als vorher getrennt – das gilt auch für Europa.